Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unser Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 294. **Sonnabend** den 20. October 1888. **82. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Wie bereits zur Kenntniß unserer Einwohnerschaft gekommen ist, wird unserer Stadt am 31. dieses Monats, dem Tage der Grundsteinlegung zum Reichsgerichtsgebäude, die hohe Ehre zu Theil werden, **Se. Majestät den deutschen Kaiser Wilhelm** und **Se. Majestät den König Albert** in ihren Mauern begrüßen zu dürfen.

Der für unsere Stadt und ihre Entwickelung so bedeutungsvolle Vorgang, durch welchen die Stätte einer der hervorragendsten und wichtigsten Einrichtungen des Reiches unserem Boden dauernd eingefügt werden soll, erhält durch diese Theilnahme des deutschen Kaisers und unseres Königs, durch die Mitwirkung von Vertretern der verbündeten Regierungen und freien Städte, der höchsten Reichsämter und des Reichstags eine ganz besondere Weihe, und es wird unseren Mitbürgern, welche Zeuge dieser Feier sein dürfen, Bedürfniß sein, daß ihrem Danke und ihrer Freude auch durch äußeren Schmuck unserer Stadt Ausdruck verliehen werde.

Aufgabe der städtischen Vertretung wird es sein, dafür zu sorgen, daß durch von ihr ausgehende Schmückung unserer Straßen, Plätze und öffentlichen Gebäude diesem gewiß allgemeinen Wunsche unserer Bürgerschaft entsprochen werde, aber wir richten auch an diese die Bitte, uns hierbei durch die Schmückung ihrer Häuser zu unterstützen. Insbesondere dürfen wir wohl die Erwartung aussprechen, daß dies in erster Linie bezüglich der an den Feststraßen liegenden Gebäude geschehen werde. Wir fügen deshalb hinzu, daß die Ankunft der Majestäten auf dem **Dresdner Bahnhofe** erfolgen wird und Allerhöchstdieselben durch die **Bahnhof-Straße**, die **über den Augustusplatz** führende Straße, die **Grimmaische Straße**, die **den Markt umschließenden Straßen**, die **Petersstraße**, über den **Königsplatz**, durch den **Petherssteinweg** und die **Kleine Burggasse** nach dem Festplatze Sich begeben werden, von wo die Rückfahrt durch die **Albert-Straße** nach dem **Bayerischen Bahnhofe** stattfinden wird.

Da es wünschenswerth ist, daß die Schmückung der Gebäude an diesen Straßen und Plätzen möglichst einheitlich erfolge, so geben wir den Anwohnern an denselben anheim, hierzu gemeinschaftlich Vorkehrungen zu treffen.

Leipzig, den 19. October 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Gewölbe-Vermiethung.

Das im Erdgeschosse des Grundstücks Salzgäßchen Nr. 4 zunächst des Nachbarhauses Salzgäßchen Nr. 2 befindliche **Verkaufsgewölbe** soll vom 1. April künftigen Js. an gegen **einhalbjährliche Kündigung**
Donnerstag, den 25. October dss. Js.,
Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Saale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen, sowie das Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 8. October 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 6223. Dr. Georgi. Wagner.

Gewölbe-Vermiethung.

Das z. Zt. an Frau Erpsch-Zimmer vermiethete, im Erdgeschoß des der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Hausgrundstücks **Thomasgäßchen Nr. 4 befindliche Verkaufsgewölbe** nebst einer zugehörigen **Niederlage** und einer **Kellerabtheilung** soll **vom 1. April k. Js.** an gegen **einhalbjährliche Kündigung**
Montag, den 22. ds. Monats,
Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den Meistbietenden anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen nebst Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 5. October 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Heßler. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung sämmtlicher Expeditions-Räume des Rathhauses bleiben am
Donnerstag, den 25. October 1888,
die in der 2. Etage befindlichen Expeditionen, als:
das Armenamt, das Vollstreckungsamt, das Bauamt und die Polizei-Registratur mit Sportelcasse und den Abtheilungen für Militair- und Mobiliarversicherungssachen,
am
Freitag, den 26. October ds. Js.,
die in der 1. Etage befindlichen Expeditionen, als:
die Registratur mit Abtheilung für Bausachen und das Königliche Standesamt mit Abtheilung für Impf- und Schulsachen,
am
Sonnabend, den 27. October 1888,
die im Parterre befindlichen Expeditionen, als:
die Gemeinde- und Schulcasse, die Steuer- und Schulgelder-Einnahme, sowie das Meldeamt
für den gewöhnlichen Geschäftsverkehr geschlossen.
Das Königliche Standesamt expedirt am
Freitag, den 26. October 1888,
Vormittags von 10—11 Uhr
unaufschiebbare Geschäfte.

Reudnitz, den 15. October 1888.

Der Gemeindevorstand.
Größel.

Nichtamtlicher Theil.

Die Aufgaben der Zukunft.

Die nach menschlichem Ermessen jetzt für längere Zeit erreichte Sicherung des Weltfriedens stellt uns vor neue Aufgaben. Die nächste Sorge während der Dauer der Kriegsbesürchtungen war der unausgesetzten Bereithaltung aller zur Abwehr eines feindlichen Angriffes geeigneten Mittel gewidmet, und deshalb waren die militairischen Vorbereitungen zu Lande und zur See und die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu unseren Bundesgenossen die Hauptaufgaben der Reichsregierung. Auch die Zukunft kann sich von der Erfüllung dieser Aufgaben nicht lossagen, die Abrüstung wird voraussichtlich noch lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben, aber die Kriegsvorbereitungen werden ferner nicht die Kraft der deutschen Nation in gleichem Maße in Anspruch nehmen, wie das seit einer Reihe von Jahren unerläßlich war, die innere Entwickelung wird wieder ihr Recht finden unter dem Schutze des Friedens.

Seit Beendigung des russisch-türkischen Krieges der Jahre 1877 und 1878 ist Europa vom keinem Kriege heimgesucht worden; die Kriege, an welchen England, Frankreich und Rußland betheiligt waren, haben sich in Asien und Afrika abgespielt, nach Europa ist nur die Kunde der dort geschehenen Ereignisse gedrungen, wenn es auch nicht an gegründeten Besorgnissen gefehlt hat, daß auch unser Erdtheil von der Brandfackel des Krieges in Flammen gesetzt werden könne.

Die Unsicherheit, ob der Friede bewahrt bleiben werde, war es hauptsächlich, unter welcher Europa seit Beendigung des deutsch-französischen Krieges gseufzt hat, und diese Unsicherheit ist jetzt allem Anschein nach glücklich überwunden. Es ist das ein gigantischer Erfolg, denn, um ihn zu erreichen, war es nothwendig, die gesammte europäische Politik auf neue feste Grundlagen zu stellen, die Bestrebungen der Großmächte zu einander in neue Bahnen zu lenken, sie von Grund aus umzugestalten. Zuerst handelte es sich darum, Kriegsgefahren von Fall zu Fall zu beseitigen, dann ihre Ursachen zu erkennen und unschädlich zu machen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat neulich auf den Gegensatz in den politischen Grundanschauungen der Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. hingewiesen, sie hat die Thatsache festgestellt, daß Wilhelm I. mit seinen Sympathien auf russischer Seite stand, während Friedrich III. die Pflege guter Beziehungen zu England als das erste Erforderniß der auswärtigen Politik Deutschlands ansah. Daraus läßt sich entnehmen, welche Kämpfe ausgefochten werden mußten, bevor der gegenwärtige Zustand erreicht werden konnte.

Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Hauptgefahren für den europäischen Frieden von russischer und von französischer Seite drohten. Wenn diese beiden Mächte die Bedingungen eines Bündnisses fanden und sich über die Ziele eines solchen klar wurden, dann war der europäische Friede vernichtet, und ein Weltkrieg von einer Furchtbarkeit brach aus, daß die Kriege der Vergangenheit dagegen nur als Kinderspiel erschienen wären. Die deutsche Politik hat den Sieg über diese verderblichen Bestrebungen davon getragen, Rußland hat die Unmöglichkeit erkannt, im Bunde mit Frankreich seine Eroberungspläne auszuführen und Oesterreich-Ungarn gleich Italien haben eingesehen, daß ihre Interessen am Besten gewahrt sind, wenn sie im Bunde mit Deutschland die Aufrechthaltung des europäischen Friedens verbürgen. Unter diesen Umständen bleibt auch Frankreich nichts übrig, als seine Rachepläne auf eine gelegenere Zeit zu vertagen, jedenfalls gegenwärtig auf ihre Ausführung zu verzichten.

Eins fehlte bisher immer noch, um die Wirksamkeit der Friedenspolitik über jedes Bedenken hinwegzuheben, und das war das Vertrauen in die Dauer und Festigkeit des bestehenden Zustandes. Dieses Vertrauen ist durch die Rundreise Kaiser Wilhelm's an den europäischen Höfen, welche mit Deutschland in nahen Beziehungen stehen, gewonnen und befestigt worden, und damit sind wir in eine neue Aera, in die Periode der ruhigen friedlichen Entwickelung Europas eingetreten. Diese Periode stellt uns vor neue Aufgaben, und als die wichtigste derselben erscheint die Lösung der socialen Frage. Schon seit zehn Jahren ist das deutsche Reich mit der Lösung dieser Frage beschäftigt, aber es ist etwas Anderes, ob das im Zusammenhang mit anderen Bestrebungen geschieht, oder ob die Zeitverhältnisse gestatten, der Lösung dieser Aufgabe die beste Kraft zu widmen und sie der aller anderen Aufgaben vorzustellen. Die Botschaft vom 17. November 1881, mit welcher Kaiser Wilhelm vor nunmehr sieben Jahren den deutschen Reichstag eröffnete, hat den Weg angegeben, auf welchem die sociale Frage ihrer Lösung entgegengeführt werden kann, und dieser Weg ist seitdem mit Erfolg betreten und verfolgt worden. Daß damit nur ein vielversprechender Anfang gemacht worden ist und daß das Ziel noch in weiter Entfernung vor uns liegt, ist in der Schwierigkeit der Aufgabe begründet, aber die Ueberzeugung ist überall zum Durchbruch gekommen, daß der in jener Botschaft angedeutete Weg der richtige ist, und deshalb dürfen wir der bevorstehenden Reichstagssession, welche sich mit der Frage der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter beschäftigen wird, mit freudigen Hoffnungen entgegen sehen. Die Erfolge der Kranken- und Unfall-Versicherung liegen bereits vor uns und gestatten einen Schluß auf die weitere Entwickelung dieser segensreichen Bestrebungen. Daß sie ermuthigend sind, beweist die Nachahmung, welche die deutschen Bestrebungen im übrigen Europa gefunden haben, daß sie der Vervollkommnung fähig und bedürftig sind, kann nicht in Abrede gestellt werden.

Die zweite Hauptaufgabe der Zukunft, welche mit der Lösung der socialen Frage im Zusammenhang steht, ist die Colonisirung fremder Erdtheile. Die Zunahme der Bevölkerung Europas, die Erschwerung der Bedingungen des Daseins weisen uns mit zwingender Nothwendigkeit darauf hin, Abzugscanäle für den Ueberschuß der in der Heimath ernährbaren Bevölkerung zu eröffnen und ihr neue Erwerbsquellen zu schaffen. Die Auswanderung nach Amerika hat lange Zeit zur Aushilfe dienen müssen, mit ihr sind aber der Heimath viele dort noch wohl verwendbare Kräfte entzogen worden, und diese Auswanderung hat deshalb theilweise schädlich gewirkt, statt Nutzen zu schaffen. Die Aufgabe, einen Ersatz zu finden, welcher dem nach überseeischen Ländern auswandernden Theil der heimischen Bevölkerung das Mittel gewährt, ihre Kraft zu bethätigen und demnach den Zusammenhang mit der Heimath aufrecht zu halten, ist bisher für Deutschland noch nicht gefunden, weil die deutschen Colonien für Deutsche meist wegen des mörderischen Klimas für die Dauer nicht bewohnbar sind. Die Möglichkeit einer Aenderung zum Besseren ist auch in dieser Beziehung gegeben, theils dadurch, daß die höher gelegenen Gegenden, welche dem Klima Deutschlands näher stehen, colonisirt werden, und daß durch zweckmäßige Lebensweise das Klima in seinen schädlichen Wirkungen überwunden wird. Wenn wir unsere Blicke auf Holland und England richten und uns vergegenwärtigen, was die Bevölkerung dieser Länder auf Java und in Ostindien erreicht hat, dann werden wir die Hoffnung nicht aufzugeben brauchen, daß die deutschen Colonien in Afrika und in Australien dereinst zu einer Blüthe gelangen werden, welche dem deutschen Mutterlande zur Kräftigung und zur willkommenen Verwerthung ihres Ueberschusses an Menschenzahl dienen wird. Heute ist es die Wiedergewinnung der vormaligen Stellung an der Küste von Zanzibar und die Unterstützung Emin Pascha's, welche unsere öffentliche Aufmerksamkeit in colonialer Beziehung hervorragend in Anspruch nimmt, und wir zweifeln nicht, daß es der deutschen Thatkraft gelingen wird, die gegenwärtigen Schwierigkeiten, welche sich dem Werke der Colonisirung Ostafrikas in den Weg stellen, bald zu überwinden.

*

Leipzig, 20. October.

* Se. Majestät der Kaiser hat mit folgendem Schreiben das Protectorat des Deutschen Fischerei-Vereins angenommen:

Auf die Vorstellung vom 8. d. M. will Ich in Bethätigung des lebhaften Interesses, welches Ich für die gemeinnützigen, auf die Hebung der vaterländischen Fischerei gerichteten Bestrebungen des „Deutschen Fischerei-Vereins" hege, das von Meinem in Gott ruhenden Herrn Vater seit der Gründung dieses Vereins im Jahre 1870 geführte Protectorat hiermit übernehmen.

H.-Qu. Müncheberg, den 17. September 1888.

Wilhelm R.

An das Präsidium des Deutschen Fischerei-Vereins.

* Es ist berichtet worden, daß in der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung (in geheimer Sitzung) sich über die Begrüßung Kaiser Wilhelm's bei seiner Rückkehr und die Darbringung eines Huldigungsgeschenks eine lebhafte Discussion entspann. Nach der „National-Zeitung" beschränkte sich die „lebhafte Discussion" darauf, daß das aus seinem ungebührlichen Benehmen sattsam bekannte jüngste socialdemokratische Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung, Kunert, abermals in seiner provocatorischen Weise Protest erhob. Die einzige Antwort der Versammlung bestand darin, daß sie sofort zur Abstimmung schritt und die Vorlage mit allen gegen die Stimmen der beiden socialdemokratischen Mitglieder annahm.

* Wie die „Berliner Politischen Nachrichten" hören, nahmen die Verhandlungen, welche im Reichsamt des Innern unter Vorsitz des Staatsministers von Bötticher wegen Errichtung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm I. stattfanden, einen so glatten Verlauf, daß sie am Donnerstag zum Abschluß gebracht werden konnten. Es ist wahrscheinlich, daß der Vorschlag gemacht werden wird, eine allgemeine Concurrenz in Deutschland auszuschreiben und zunächst die Wahl des Denkmalplatzes offen zu lassen.

* Am Freitag Nachmittag sollte der Bundesrath zu einer Plenarsitzung zusammentreten. Auf der Tagesordnung derselben standen die Neubildung der Ausschüsse und Berichterstattung über einige Eingaben. Da es in der Absicht der verbündeten Regierungen liegt, dem Reichstage bei seinem Zusammentritt außer dem Etat auch noch den Gesetzentwurf, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung, vorzulegen, so dürften die Plenarberathungen des Bundesraths über diese Vorlage in nächster Zeit ihren Anfang nehmen.

* Unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsministers von Bötticher, fand am Donnerstag Nachmittags 3 Uhr eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums statt.

* Zu der in Extranummern ihrer Presse kürzlich erfolgten Bethätigung monarchischer Gesinnung unserer Demokratie mag hier eine Reminiscenz aus allerjüngster Zeit Platz finden, welche Herr v. Zedlitz-Neukirch in seiner am Dienstag Abend im Bürgerverein für die Königstadt in Berlin gehaltenen Rede vorbrachte. Herr von Zedlitz sagte:

„Schon am 19. Januar 1884, zur Zeit, als die Fusion in der Luft schwebte und der Fortschritt sich mit den größten Hoffnungen trug, hat Herr Hänel es öffentlich von der Tribüne des Abgeordnetenhauses herab verkündet, die freisinnige Partei werde so viel wie möglich auf wesentliche Veränderungen der preußischen wie deutschen Verfassung hinwirken. Daß eine solche Veränderung nicht in der Richtung der Stärkung der Krone liegen sollte, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung. Als es sich in diesem Sommer darum handelte, die Thronrede zu beantworten, war in den Entwurf der Adresse des Abgeordnetenhauses ein Satz aufgenommen, welcher, correspondirend mit der Erklärung des Königs, die Versicherung aussprechen sollte, daß auch die Landesvertretung die Rechte der Krone intact erhalten wolle. Dieser Satz mußte gestrichen werden auf Veranlassung der freisinnigen Vertreter, weil sie nicht ein Engagement eingehen wollten, die Kronrechte nicht zu beschränken."

Die „Berliner Politischen Nachrichten" fügen hinzu, daß der Antrag auf Streichung dieses Satzes von Herrn Eugen Richter ausging.

* Die Redacteure von fünf Zeitungen verschiedener Parteistellung in Elberfeld sind von der dortigen Strafkammer wegen vorzeitigen Eröffnungsbeschlusses im vorjährigen Proceß gegen Pfarrer Thümmel zu je 30 ℳ verurtheilt worden.

* Nach längerem Leiden ist, wie gemeldet, am Donnerstag in Baden-Baden die Herzogin von Hamilton, geborene Prinzessin Marie von Baden, gestorben. Bald nach der Anwesenheit des Kaisers in Mainau wurde gemeldet, daß der Großherzog und die Großherzogin von Baden in Folge der schweren Erkrankung der Herzogin Mainau verlassen und sich nach Baden-Baden begeben hätten. Die Herzogin hatte einen Schlaganfall erlitten, von welchem sie sich, trotz zeitweisen Besserbefindens, nicht wieder erholt hat. Die verewigte Prinzessin war am 11. October 1817 geboren; am 23. Februar 1843 vermählte sie sich mit dem Herzog von Hamilton, welcher am 15. Juli 1863 starb. Die Prinzessin war die Tochter des 1818 verstorbenen Großherzogs Carl und der Großherzogin Stephanie, der Adoptivtochter Napoleon's I.

* Professor Dr. v. Esmarch aus Kiel, der eine Reise nach Amerika unternommen hat, ist in New-York, wie eine Kabelmeldung von dort besagt, schwer erkrankt. Am Montag wurde sein Zustand als äußerst bedenklich erachtet; am Dienstag hatte sich das Befinden etwas gebessert. Nach einer eingetroffenen Drahtmeldung aus Kiel wird Prof. v. Esmarch seine Rückreise aus New-York am 24. d. M. antreten.

* Die „Weserzeitung" hört, daß betreffs des vor mehreren Jahren seitens einer Anzahl Amerikaner gegen den Bremischen Staat angestrengten Processes wegen Rückgabe angeblich zu Unrecht erhobener Seeschifffahrtsabgaben nunmehr entschieden worden sei, den Anspruch der Amerikaner abzuweisen. Auf Vorschlag der Vereinigten Staaten und Bremens sei das Schiedsrichteramt dem Fürsten v. Bismarck übertragen, welcher seinerseits das Reichsgericht in Leipzig mit der Entscheidung beauftragt habe.

* * *

* Ein Ukas des Fürsten von Bulgarien setzt die Eröffnung der Sobranje auf den 27. December fest.

* Die Initiativcommission der französischen Deputirtenkammer hat es abgelehnt, den Antrag des Deputirten Dugué de la Fauconnerie, nach welchem vor der Revision der Verfassung das Land befragt werden sollte, in Erwägung zu ziehen.

* Der römische Berichterstatter des „Schwäbischen Merkur" schreibt: „Halten Sie unverbrüchlich an der Thatsache fest, daß der Papst, vom Cardinal Rampolla beeinflußt, dreimal versuchte, den Kaiser in eine Erörterung der römischen Frage hineinzuziehen. „Ich habe ihm jede Illusion genommen", so schloß der Kaiser seine Mittheilung hierüber an den König Humbert."

* Graf Robilant war schon seit seiner Ankunft in England im vorigen August von Fieber heimgesucht. Er übergab zwar der Königin in Osborne sein Beglaubigungsschreiben, mußte aber sonst das Bett hüten und blieb dem gesellschaftlichen und politischen Leben fern. Er starb daher in England als ein Unbekannter.

* Nach einem Telegramm des „Reuter'schen Bureaus" aus Simla vom 18. d. hat der Befehlshaber der Expedition in das Schwarze Gebirge angezeigt, daß er, da eine Gesandtschaft der Akzais bis zu dem von ihm festgesetzten Zeitpuncte nicht eingetroffen sei, die Feindseligkeiten werden aufnehme.

* Die nach der Westküste Neupommerns ausgesandte Expedition ist dem neuen Heft der „Nachrichten über Kaiser Wilhelmsland und den Bismarck-Archipel" zufolge zurückgekehrt, ohne daß es ihr gelungen ist, eine weitere Spur der vermißten Herren Hunstein und von Below zu finden. Danach kann es wohl kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß die Genannten durch eine Verkettung von unglücklichen Umständen das Opfer der Flutthwellen vom 13. März geworden sind.

Aus Oesterreich-Ungarn.

* Der österreichische Reichsrath ist für den 24. d. M. einberufen. Der Schluß der Landtagssession steht unmittelbar bevor. — Die Beränderung im österreichischen Ministerium kündigt sich im Gebahren der Czechen jetzt schon an. Die Jungczechen haben sich fürs Erste beruhigt; ein